

11.01.22

Unterrichtung

durch die Europäische Kommission

Stellungnahme der Europäischen Kommission zu dem Beschluss des Bundesrates zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Förderung eines europäischen Konzepts für künstliche Intelligenz

C(2022) 96 final



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 7.1.2022
C(2022) 96 final

Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesrates,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zu der Mitteilung „Förderung eines europäischen Konzepts für künstliche Intelligenz“ (COM(2021) 205 final).

Die Kommission ist insbesondere darüber erfreut, dass der Bundesrat ihren Ansatz zum Aufbau eines Ökosystems der Exzellenz für künstliche Intelligenz in Europa unterstützt und das risikobasierte Herangehen an die Regulierung künstlicher Intelligenz befürwortet. Die Kommission teilt auch die Auffassung, dass die Entwicklung von Kompetenzen sowie die Anziehung und Bindung von Talenten Schlüsselemente sind, um zu erreichen, dass die Nutzung künstlicher Intelligenz allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt, und um ihre Einführung zu ermöglichen. Dazu hat die Kommission mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern einen strukturierten Dialog über digitale Bildung und digitale Kompetenzen aufgenommen.

Was die Finanzierung künstlicher Intelligenz angeht, hat die Kommission die Investitionen stetig gesteigert: Im Rahmen des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens hat die Kommission vorgeschlagen, mindestens 1 Mrd. EUR pro Jahr aus dem Programm „Horizont Europa“ und dem Programm „Digitales Europa“ für künstliche Intelligenz bereitzustellen, was einen Anstieg um 100 % gegenüber den Mitteln darstellt, die im ersten koordinierten Plan für künstliche Intelligenz im Jahr 2018 zugesagt wurden.

Beträchtliche Investitionen fließen auch in die Schaffung der Voraussetzungen für künstliche Intelligenz, d. h. in Daten und Datenverarbeitung, wie z. B. die gemeinsamen europäischen Datenräume oder die Anschaffung von Hochleistungsrechnern. Darüber hinaus wird die Kommission öffentliche Mittel mobilisieren, um Anreize für Investitionen der Mitgliedstaaten und des Privatsektors zu schaffen, insbesondere durch die Nutzung von Investitionsfonds im Rahmen von InvestEU, durch öffentlich-private Partnerschaften oder Industrieallianzen (z. B. auf dem Gebiet der Mikroelektronik) und durch wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse.

Zur Unterstützung der Forschung und der Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, hat die Kommission im koordinierten Plan für künstliche Intelligenz Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen die Einführung innovativer Technologien vom Labor

*Herrn Bodo RAMELOW
Präsident des Bundesrates
Leipziger Straße 3–4
10117 BERLIN (Deutschland)*

zu Drucksache 561/21 (Beschluss)

bis zum Markt unterstützt werden soll, so etwa mit Erprobungs- und Versuchseinrichtungen. Wie der Bundesrat feststellt, spricht sich die Kommission zudem nachdrücklich dafür aus, dass die Mitgliedstaaten Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität zur bestmöglichen Nutzung des Programms „Digitales Europa“ einsetzen, um ihren digitalen Wandel vorantreiben.

Mit der Schaffung eines verhältnismäßigen, horizontalen und risikobasierten Rechtsrahmens, der zukunftssicher ist und an die technologische Entwicklung angepasst werden kann, sollen auch die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Unternehmen auf dem europäischen Markt florieren können, indem nämlich den Nutzern Rechtssicherheit und Vertrauen ermöglicht werden. Die Kommission teilt nachdrücklich die Auffassung, dass die Union bei der Entwicklung neuer und ehrgeiziger globaler Normen und Standards vorangehen muss, und beteiligt sich an bilateralen und multilateralen Bemühungen mit gleich gesinnten Ländern, wofür der Handels- und Technologierat EU-USA ein Beispiel ist.

Die Kommission hofft, dass die in der Stellungnahme des Bundesrats aufgeworfenen Fragen mit diesen Ausführungen geklärt werden konnten, und sieht der Fortsetzung des politischen Dialogs erwartungsvoll entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Maroš Šefčovič
Vizepräsident

Thierry Breton
Mitglied der Kommission

